

»Presse ist Presse«

Ein Gespräch über Lage von Kulturzeitschriften
mit dem Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Journalisten-Verbandes Timo Conraths

BASTIAN ZIMMERMANN

BASTIAN ZIMMERMANN Der Rechtsstreit zwischen Lettre International und Sinn und Form hat es ja auf den Punkt gebracht: Es gibt in Deutschland keine Zeitschriftenförderung und wir als verhältnismäßig kleine Kulturzeitschriften bewegen uns damit auf einem kommerziellen Standbein, das Grauzonen erzeugt – auf publizistischer Seite, aber auch auf Autor*innenseite. Wie lässt man sich wann einkaufen und wird dadurch nicht mehr kritikfähig? Für sauber arbeitende Hefte wird es dann schwer zu überleben – wie kürzlich am Beispiel MusikTexte in Köln gesehen, deren Printausgabe mit dem Tod der Herausgeberin aus finanziellen Gründen erstmal eingestellt wurde.

TIMO CONRATHS Das ist nicht das erste Mal, dass diese Schilderung der aktuellen Situation mich traurig macht, weil mit so einer Schließung viel an Vielfalt und Kultur verloren geht. Gar nicht nur im Kulturbereich, sondern im Sinne von Meinungsspektrum und

Vielfalt – ein Spektrum das Presse eigentlich haben sollte. Verlage, insbesondere der Printbereich, kommen immer stärker unter finanziellen Druck. Das ist nicht auf Ihren Bereich beschränkt, sondern das trifft den gesamten Printbereich schon seit Jahren und Jahrzehnten. Die Auflagen sinken, die Werbeeinnahmen sinken. Und zwar nicht, weil der Markt nicht mehr da wäre, sondern das muss man sich auch ehrlich vor Augen halten: Die Werbekunden gehen zu Plattformen. Jeder einzelne Verlag hat dieselben Probleme: Wenn man wirtschaftlich nicht komplett eigenständig ist, besteht die Gefahr, dass man sich in Grenzbereiche begeben muss – inwiefern man Werbekunden gegenüber auftritt, ob und wie man noch Kritik äußern kann usw. Das kann wie ein Maulkorb wirken. Das ist ein Thema der Pressefreiheit an sich, weil sich die generelle Meinungsvielfalt der Presse verringert. Nicht nur, weil es diese oder jene Zeitschrift nicht mehr gibt, sondern auch weil die Gefahr besteht, dass Meinungen

nicht mehr genauso frei geäußert werden können, wie sie eigentlich geäußert werden sollten.

bz In Deutschland scheint es rechtlich so zu sein, dass eine Tageszeitung, die auch investigativen Journalismus betreibt, auf der gleichen Ebene behandelt wird, wie eine Kulturzeitschrift, die eine ganz andere Art von Textformen und Reflektion betreibt.

rc Im Grundsatz ja. So wie ich das aus dem Rechtsstreit herausgelesen habe, beruht das Urteil gar nicht auf dem Problem einer gezielten Presseförderung, sondern einer mittelbaren Förderung, in der vorrangig die Kultur gefördert wird. In dem Fall war das die Akademie der Künste, an der mittelbar ihre Printprodukte mitfinanziert werden.

bz Als Heft leben und überleben wir auch in einer Art ökonomischen Zirkel, den die öffentlich geförderten Festivals, von deren Anzeigen wir leben, auch für sich akzeptiert haben. Diese möchten, dass wir weiter existieren, weil wir Diskurs und Kritik betreiben, aus

bz Das Wort fördern kann man in diesem Fall eigentlich gar nicht benutzen, weil diese von Institutionen herausgegeben Hefte ja einfach finanziell mitgetragen werden. Ich kenne das aus Diskussionen mit anderen Zeitschriftenmacher*innen, die überlegen, bleiben wir jetzt frei oder docken wir uns an ein Haus an? Bei Sinn und Form hat sich das ganze ja an der Auszahlung von Coronahilfen aufgehängt, da Lettre International kein Geld bekam und eine Zeitschrift wie die Sinn und Form überleben konnte, weil die Akademie sie einfach mitfinanziert.

rc Aus Sicht einer Herausgeber*in oder Verlags ist diese Begründung natürlich auch ein bisschen unbefriedigend, weil natürlich eins der Magazine dann eine staatliche Abdeckung bekommt und andere wieder nicht. Warum dann viele mit der Stirn runzeln, liegt ja daran, dass die Presse staatsfern bleiben soll. Das Gebot der Staatsferne hat aber im Ursprung eigentlich das Ziel, dass der Staat keinen Einfluss auf die Meinungsbildung und auf die unterschiedlichen Meinungsbilder nehmen kann – also eine inhaltliche Stoß-

Ich kenne das aus Diskussionen mit anderen
Zeitschriftenmacher*innen, die überlegen, bleiben wir
jetzt frei oder docken wir uns an ein Haus an?

der heraus die Festivals wieder indirekt oder direkt Relevanz erhalten. Daher wissen sie, dass sie eine Anzeige buchen sollten, damit wir eben finanziert werden. Das ist auch eine indirekte staatliche Förderung, weil diese Festivals eben öffentlich gefördert sind und das Geld an uns weitergeben, das wir über eine Zeitschriftenförderung nicht bekommen.

rc Ein Unterschied ist aber, dass Ihr Heft nicht von staatlichen Organisationen selbst herausgebracht und gefördert wird.

richtung. Und das ist die Krux an der Sache, wenn man denkt, es ginge jetzt in dem Rechtsstreit vornehmlich darum, dass sie sich ungleich behandelt gefühlt haben, was die Förderung angeht. Wenn man die Staatsferne herunterbricht, muss man beachten, dass die im Ursprung eigentlich erst mal verhindern soll, dass der Staat Einfluss auf Inhalte hat und nicht, dass der Staat gewährleisten muss, dass alle finanziell gleich behandelt werden. Denn eine staatliche Förderung ist nicht per se ausgeschlossen. Der Staat kann fördern und das wäre dann trotzdem noch mit dem Gebot der Staatsferne vereinbar.

BZ Ah, das ist möglich?

TC Ja, aber es passiert noch nicht. Oder nur wenig. Es gibt Einzelförderung für journalistische Projekte von der BKM, der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Auch auf Landesebene gibt es manchmal Einzelförderungen. Aber es gibt keine andauernde Generalförderung.

BZ Was ist da das Hindernis? Es ist ja offensichtlich, dass sich der Zeitschriftenmarkt in den letzten 20 Jahren krass minimiert hat.

TC Ich habe die starke Annahme, dass das erstmal historisch bedingt ist. Der Staat hält sich einfach aufgrund der deutschen Geschichte erst mal gerne, was die finanzielle Förderung von Presse angeht, zurück, weil da immer so ein Geschmäcke dabei ist. Es ist aber, das muss man auch dazu sagen, in den letzten Jahren zum Thema geworden, insbesondere auf Bundesebene, dass man eine generelle Presse- oder Medienförderung einrichtet. Das waren auch immer relativ große Beträge, die da genannt wurden. Es ist am Ende nicht

tätigen. Deswegen ist das Ganze nämlich auch in der Regel beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt. Diese Förderung dürfte aber nicht zu sehr an inhaltliche Kriterien anknüpfen, weil man dann nämlich wieder in der Zuständigkeit der Länder wäre. Und dann bestünde die Gefahr, dass es verfassungswidrig sein könnte, weil nur die Länder bei einer Förderung an andere Kriterien als wirtschaftliche anknüpfen könnten, sofern die Staatsferne gewährleistet wäre. Ich glaube, in dieser ganzen Gemengelage hat der Bund zwar in den letzten Jahren erkannt, er muss was machen, aber er hat es halt noch nicht auf die Schiene bekommen, weil das so komplex geworden ist, dass es am Ende nicht realisierbar erschien.

BZ Wie sieht die Situation bei den Ländern aus?

TC Ich vertrete die Meinung, dass wir nicht nur auf den Bund schielen sollten, sondern eigentlich sollten auch die Länder mehr in die Pflicht genommen werden. Theoretisch ist eine Förderung möglich. Und zusätzlich

Die Regierung möchte damit gegen eine Art ›News Desert‹ vorgehen.

zustande gekommen, weil das sehr komplex und kompliziert wurde, weil sich viele Akteur*innen eingeschaltet haben: Wer genau soll gefördert werden und können wir bestimmte Bedingungen noch einsetzen für die Förderung? Am Ende ist das so komplex geworden, dass das nicht mehr handhabbar war.

BZ Wie kann so ein Patt entstehen?

TC Das hat auch mit der rechtlichen Situation zu tun, denn im föderalen System sind ja für Kultur und insbesondere für Medien und Presse die Bundesländer zuständig. Der Bund kann nur eine reine Wirtschaftsförderung

wurde im aktuellen Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung explizit vereinbart: »Wir wollen die flächendeckende Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen gewährleisten und prüfen, welche Fördermöglichkeiten dazu geeignet sind.« Aus Sicht des DJV ist das sehr beschränkt auf zum einen Presseerzeugnisse, also in der Regel ist das Print, und auch nur die Versorgung von periodischen Presseerzeugnissen. Und man muss dazu sagen, diese Formulierung hat eher die Stoßrichtung Tageszeitungen oder auch Wochenmagazine, und zwar insbesondere in strukturell schwachen Gegenden, die kurz davor stehen, nicht mehr beliefert zu werden,

weil sich das wirtschaftlich nicht mehr trägt. Die Regierung möchte damit gegen eine Art ›News Desert‹ vorgehen.

BZ Ich empfinde Kulturzeitschriften eigentlich als einen Teil der Künste. Sie berichten, reflektieren und diskutieren, analysieren, was in der Musik, Literatur usw. stattfindet. Und mit der Kunstförderung haben der Staat und die Künstler*innen ja auch selten das Problem – als ob deswegen jetzt Staatskunst produziert würde.

TC Bei der Presse ist man immer ein bisschen vorsichtig. Es gibt Persönlichkeiten in der Branche, die eine direkte Förderung durch den Staat sehr kritisch sehen.

BZ In dem Text von Mats Svensson, in dem es in diesem Heft um das ›Nordische Modell‹ geht, bringt er eine Formulierung, mit der z.B. der schwedische Staat die Kulturzeitschriftenförderung begründet: Die Förderung von Kulturzeitschriften soll der Kommerzialisierung entgegenwirken.

TC Ich glaube der Staat ist deswegen so vorsichtig, weil er genau weiß, das ist gerade ein Förderbereich, wo es wirklich vielen nicht gut geht. Da geht es um Existenzen und jene werden dann, wenn sie bei einer Förderung nicht berücksichtigt werden, dann auch verständlicherweise alles in die Wege leiten, um auch in die Förderung mit einbezogen zu werden. Das könnte dazu führen, dass die Förderung in der Form, wie sie dann beschlossen wurde, gestoppt oder aus Vorsicht erst gar nicht auf den Weg gebracht wird. Aus DJV-Sicht kann ich sagen, dass wir schon seit Jahren eine Medienförderung fordern. Weil wir sehen, dass es in vielen Bereichen notwendig ist. Und wenn man dabei bestimmte Förderkriterien und die rechtlichen Rahmenbedingungen beachtet, dann halten wir das auch durchaus für möglich.

Aber zur speziellen Situation von Kulturzeitschriften: Nach der rechtlichen Definition

von Presse gibt es keine wirklichen Untergliederungen. Presse ist Presse. Was den Inhalt angeht, da gibt es rechtlich keine großen Unterschiede.

BZ Kann man denn vom ›Nordischen Modell‹ lernen?

TC Wir hatten bei einer DJV-internen Diskussionsrunde einen Experten zu Gast, der beschäftigt sich genau mit solchen Fördermodellen. Der hat auch immer wieder diese nordischen Modelle vorgestellt und erzählt, dass es dort schon sehr lange eine Zeitschriftenförderung gibt. Er hat aber auch betont, dass es eben dort anders als hier eben auch nicht so eine politische Kompetenztrennung gibt. Da haben die einfach eine bessere Ausgangslage, etwas, dass sich historisch auch etabliert hat.

BZ Selbst dort sollten vor einigen Jahren die Budgets massiv gekürzt werden. Mit Demos und Petitionen wurde es aber verhindert.

TC Wenn bereits etwas besteht, ist es einfacher, dieses System aufrechtzuerhalten, als wenn man es erst mal etablieren muss. Leider. Wenn man tatsächlich etwas staatsfern ausgestalten könnte, dann würden wir uns als DJV auch wünschen, dass es in Deutschland in irgendeiner Art eine Medien- oder Journalismus-Förderung gibt. Weil das tatsächlich ein Bereich ist, der so wichtig für die Demokratie ist, dass er einfach unterstützt werden muss. Denn in vielen Bereichen ist er tatsächlich gerade stark unter Druck. ■

Timo Conraths ist Rechtsanwalt und Journalist. Seit vielen Jahren engagiert er sich aktiv für den Journalismus. Seit 2022 ist er zudem in der Geschäftsführung des Deutschen Journalisten-Verbands tätig.